

Vom Durchschnittswert zum Gruppenzwang

«Wer jünger ist, hat grösseren CO₂-Fussabdruck.» Unter Titeln wie diesem wurde kürzlich über eine [Studie](#) des Instituts Sotomo berichtet. Dessen Leiter Michael Hermann lieferte indes eine Mahnung mit: «Es wäre falsch, alle Jungen in einen Topf zu werfen.» Entsprechend hiess es denn auch in der Studie: «Junge Erwachsene haben die schlechteste CO₂-Bilanz, weil eine Minderheit von ihnen sehr viel fliegt.» Bei anderen Gruppen verwendete das Institut aber selber gross beschriftete Einheitstöpfe: «Ältere Frauen haben die beste CO₂-Bilanz, weil sie selten Autos besitzen und fahren.» Und: «Spitzenverdiener leben in ökologischer Hinsicht auf deutlich grösserem Fuss als alle anderen.» Vielleicht waren innerhalb dieser Gruppen die Unterschiede geringer als bei den Jungen, aber das ändert nichts daran, dass da allgemeine Aussagen über die Angehörigen einer Gruppe mit Durchschnittswerten begründet wurden.

Die Sotomo-Studie trägt den Titel «Helion-Energiewendeindex» (nach der auftraggebenden Firma). Aber ihre «CO₂-Bilanzen» beruhen nicht etwa auf Statistiken des Lebenswandels, sondern auf der Selbstdeklaration der Leute, die an einer im Internet ausgeschrieben Befragung teilgenommen hatten. Eine repräsentative Umfrage müsste die Bevölkerung demografisch, sozial und politisch abbilden; das wurde rechnerisch herbeigeführt. Wie wahrhaftig die Selbsteinschätzungen waren und ob in allen Gruppen im gleichen Mass, konnte man nicht wissen. Immerhin wurden die «Daten kombiniert mit bestehende [sic] Datenquellen zum Stand der individuellen Energiewende».

Gefundenes Fressen

Dergestalt zur Studie veredelt, ist die Umfrage ein gefundenes Fressen für politische Debatten – sei es, dass man «die Klimajugend» auffordert, vor der eigenen Türe zu wischen, oder aber, dass man «die Reichen» eigens für Klimamassnahmen besteuern will. So preisen die Jungsozialisten ihre «[Initiative](#) für eine Zukunft» als «verursachergerecht» an, weil die geforderte Erbschaftssteuer auf sehr hohen Vermögen eben eine Schicht treffe, die ihr Geld besonders klimaschädlich verwende.

Sie stützen sich unter anderem auf eine [Studie](#) des britischen Hilfswerks Oxfam, wonach das reichste Prozent der Weltbevölkerung so viel Treibhausgase verursache wie die ärmsten zwei Drittel zusammen. Wer den Quellen nachgeht, wird auf eine frühere Studie ([SEI](#)) verwiesen, und dort auf diverse noch frühere. Immerhin ist ein starker Zusammenhang zwischen Reichtum und klimaschädlichem Verhalten plausibel. Nur: Ist ein solcher Durchschnittswert ein berechtigtes Argument, alle Vermögen ab einer bestimmten Höhe mit einer besonderen Klimasteuer zu belegen? Jedenfalls ist es eine kühne Behauptung, just das sei «für eine Zukunft» nötig.

Gängige Diskriminierung

Eine allgemeine, auch stark progressive Erbschaftssteuer oder auch Abgaben auf klimaschädlichem Luxuskonsum kämen ohne kollektive Schuldzuweisungen aus. Diese sind so problematisch wie gewisse andere, allerdings hierzulande gängige finanzielle Diskriminierungen nach Gruppenzugehörigkeit: Versicherungsprämien etwa, die je nach Geschlecht, Wohnort, Alter und sogar Nationalität unterschiedlich ausfallen. Immer schön «verursachergerecht», aber immer bezogen auf

statistische Durchschnitte und angewandt auf Individuen ohne Ansehen ihres Kosten- oder Risikoverhaltens.

Leute, die bestimmte statistische Merkmale teilen, werden so zur solidarischen Haftung herangezogen. Dass so etwas gemeinhin als gerecht gilt, hat auch mit dem Sprachgebrauch zu tun: Da werden Aussagen wie jene über «junge Erwachsene», «ältere Frauen» oder «Spitzenverdiener» gemacht, ohne zu erwähnen, dass es um Durchschnittswerte geht. Das sagt einem zwar, wenn man es sich überlegt, der gesunde Menschenverstand oder eine Fussnote – aber haften bleibt eben doch die Verallgemeinerung. Und dann scheint es richtig, die Mitglieder der betreffenden Gruppe je nach kollektiver Schuld oder Unschuld zu bestrafen oder zu belohnen.

© Daniel Goldstein (sprachlust.ch)